

Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript.

Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.

Eher anhaltende Polarisierung als vorübergehende Verstimmung. Die Flüchtlingskrise und die Bürgerurteile über die Große Koalition zwischen 2013 und 2017¹

Harald Schoen und Konstantin Gavras

1. Einleitung

Die Legislaturperiode des 18. Deutschen Bundestages war nicht arm an Ereignissen, die zu Krisendiagnosen führten; man denke etwa an die Annexion der Krim durch Russland und den darauffolgenden Konflikt in der Ost-Ukraine, das Referendum über das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und die Wahl Donald Trumps zum amerikanischen Präsidenten. Gleichwohl ragt ein Ereignis in der Wahrnehmung der Zeitgenossen in Deutschland heraus: Im Spätsommer 2015 traf die Bundesregierung unter Angela Merkel die Entscheidung, die Regeln des Dubliner Abkommens nicht mehr restriktiv auszulegen und Flüchtlingen aus Syrien, dem Irak, Nordafrika und anderen Regionen die Weiterreise nach Deutschland zu ermöglichen – mit der Folge, dass alleine im Jahr 2015 mehrere hunderttausend Flüchtlinge nach Deutschland kamen (siehe Alexander 2017). In der Gesellschaft rief diese Entscheidung heftige Reaktionen hervor. Verfechter einer liberalen Zuwanderungspolitik begrüßten sie und die Flüchtlinge, was etwa bei der Vorsitzenden der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zu der Wahrnehmung führte: „Wir sind Weltmeister der Hilfsbereitschaft und Menschenliebe“ (Bundestagsprotokoll 18/120: 11614). Diese anfängliche, nicht zuletzt von Massenmedien (Haller 2017) getragene „Willkommenskultur“ – so der zeitgenössische Ausdruck (siehe zu dessen Hintergrund Blätte 2017: 163-164) – wurde zunehmend begleitet, zuweilen gar abgelöst von kritischen Stimmen und ablehnenden Reaktionen in der Bevölkerung, die bis hin zu Brandanschlägen auf (geplante) Flüchtlingsunterkünfte gingen (Jäckle/König 2017). In diesem Klima geriet die von Kanzlerin Merkel geführte Regierung unter Rechtfertigungsdruck, und die zuwanderungskritische AfD reüssierte in den Landtagswahlen des Jahres 2016.

In der wissenschaftlichen Diskussion wurden von der Flüchtlingskrise und den gesellschaftlichen und politischen Reaktionen darauf anfangs tiefgreifende Konsequenzen erwartet. „Dass das Thema

¹ Die Materialien zur Reproduktion der Ergebnisse sind auf den Internetseiten der Autoren zu finden (<http://lspwpp.sowi.uni-mannheim.de/team/lehrstuhlinhaber/Beitr%C3%A4ge%20in%20Sammelb%C3%A4nden/>).

Migration und Integration eines der beherrschenden und kontrovers behandelten innen- wie außenpolitischen Themen der kommenden Monate und Jahre – und damit auch des Bundestagswahlkampfes 2017 – sein würde, war schon zum frühesten Zeitpunkt offensichtlich“ (Weigl 2017: 70). Auch hätten die Parteien frühzeitig „die Brisanz und Mobilisierungskraft erkannt, die Gesellschaft zu polarisieren und so das deutsche Parteiensystem in Reaktion neu zu ordnen“ (Weigl 2017: 70). Es hätten sich „neue Koalitionen der Angst“ (Korte 2017a: 9) gebildet, die „moralische Mehrheit für das moderne, liberale Gesellschaftsmodell des Westens (sei) in die Defensive“ (Korte 2017a: 9) geraten. Es sei zweifelhaft, ob „Resilienz-Management“ genüge, um die Stimmung zu wenden (Korte 2017a: 9). Im Sommer 2017 scheint sich eine andere Lesart durchgesetzt zu haben. So habe „dieser inhaltliche Mitte-Diskurs alle anderen Themen, die über Monate von der Koalition der Empörten und Verängstigten gesetzt wurden“ (Korte 2017b: 7), verdrängt. Auch sei „der Zenit einer Protestpartei wie der AfD (...) überschritten“ (Korte 2017b: 7). Nach einer Phase verbreiteter Unzufriedenheit, so legen diese Zeitdiagnosen nahe, haben Regierung und die ihre Politik unterstützenden Parteien die Herausforderungen der Flüchtlingskrise gemeistert und die Stimmung unter den Bürgern gewendet – angesichts mancher früheren Krisenszenarien in bemerkenswerter Geschwindigkeit. Sieht man einmal davon ab, dass diese Deutung mit dem Abschneiden der AfD bei der Bundestagswahl 2017 nicht ohne weiteres vereinbar ist, so fällt an diesen Diagnosen eine wichtige Annahme auf. Sie erwecken den Anschein, erst sei bei allen Bürgern simultan die Kritik an Regierung und den sie tragenden Parteien angewachsen und habe später bei allen wieder nachgelassen. Diese Lesart steht in einem Spannungsverhältnis zu der Beobachtung, dass Bürger in Abhängigkeit von ihrer Haltung zu Zuwanderung auf den Flüchtlingszustrom reagierten. So übten Befürworter einer liberalen Zuwanderungspolitik keine Kritik an der Öffnung der Grenzen, von der sie im Laufe der Zeit hätten Abstand nehmen können. Bei Gegnern einer solchen Politik könnte das Muster an- und abschwellender Kritik durchaus aufgetreten sein, doch ist auch das nicht selbstverständlich. Denn einige von ihnen könnten sich auch Jahre nach der Entscheidung vom September 2015 daran stören, dass – aus ihrer Sicht – zu viele unerwünschte Flüchtlinge ins Land gelangten. Die Reaktionen der Bürger könnten also vielfältiger und anhaltender sein, als es die Erzählung von der einheitlich an-, dann wieder abschwellenden Kritik nahelegt.

Im vorliegenden Beitrag untersuchen wir daher die Urteile der Bürger über die Arbeit der zweiten Großen Koalition unter Kanzlerin Merkel und der sie tragenden Parteien in der Wahlperiode von 2013 bis 2017. Zunächst zeichnen wir die durchschnittlichen Bürgerurteile im Zeitverlauf nach. Im

Anschluss daran gehen wir der Frage nach, ob sich die Urteile über die Regierung und die sie tragenden Parteien bei allen Bürgern gleich entwickelten oder unterschiedliche Verläufe zu beobachten sind, die mit der Haltung zu Zuwanderung zusammenhängen. Abschließend fassen wir zentrale Befunde zusammen und diskutieren diese.

2. Die Regierung Merkel III im Spiegel der öffentlichen Meinung

Nach ausführlichen Koalitionsverhandlungen nahm die zweite Große Koalition unter der Führung von Kanzlerin Merkel kurz vor Weihnachten 2013 ihre Arbeit auf. Zu Beginn des Jahres 2014 erhielt die Regierung für ihre Arbeit von den Bürgern im Durchschnitt recht gute Bewertungen. Trägt man die Ergebnisse der regelmäßigen Politbarometer-Befragungen der Forschungsgruppe Wahlen auf einer Skala von Null (sehr negativ) bis Eins (sehr positiv) ab, so liegt die durchschnittliche Bewertung zu Beginn des Jahres über dem Wert von 0,5, der eine neutrale Einschätzung anzeigt (Abbildung 1). In den ersten Monaten des Jahres 2014 konnte die Regierung ihr in diesen Meinungsumfragen gemessenes Ansehen sogar noch leicht steigern. Das im Sommer 2014 erreichte Niveau hielt die Große Koalition in den folgenden Monaten bis in den Herbst 2015. Erst nach der Entscheidung, die Grenzen für Flüchtlinge zu öffnen bewerteten die Bürger die Arbeit der Regierung schlechter. Allerdings kann schwerlich von einem dramatischen Absturz die Rede sein. Vielmehr sank die durchschnittliche Bewertung der Regierungsarbeit auf das Niveau ab, das die Große Koalition zu Beginn ihrer Arbeit erreicht hatte. Das Jahr 2016 hindurch verharrte das in den Meinungsumfragen der Forschungsgruppe Wahlen gemessene Ansehen der Bundesregierung auf diesem Niveau. Um die Jahreswende 2016/17 gewann die Regierung wieder an Unterstützung und kehrte ungefähr auf das zwischenzeitlich erreichte höhere Niveau zurück, auf dem sie bis in den Sommer 2017 verblieb.

- Abbildung 1 etwa hier –

Dieser Verlauf ähnelt dem Muster, das Vertreter der klassischen Wahlzyklus-These erwarten (z.B. Dinkel 1977). Demnach büßen Regierungen im Laufe einer Legislaturperiode erst an Ansehen ein, ehe sie wieder Ansehensgewinne verbuchen können. Gleichwohl ist der Verlauf bemerkenswert. Denn zu keinem Zeitpunkt überwogen die kritischen Stimmen, stets wurde die Regierungsarbeit im Durchschnitt geringfügig bis moderat positiv bewertet. Dass dies nicht selbstverständlich ist, belegt die 17. Legislaturperiode, in der die christlich-liberale Koalition bald nach Aufnahme der

Regierungsgeschäfte von den Wahlberechtigten überwiegend negativ beurteilt wurde. Erst ab dem Jahr 2012 konnte sie im Durchschnitt wieder geringfügig positive Bewertungen verbuchen (Schoen/Greszki 2014: 28). Dieser Unterschied spiegelt sicherlich auch die Tatsache wider, dass eine Große Koalition über mehr Anhänger verfügt als eine Koalition, die nicht sowohl CDU/CSU als auch SPD umfasst.

Zieht man die Urteile über die Arbeit der Regierungspartner CDU/CSU und SPD in die Betrachtung ein, so zeigt sich, dass über weite Strecken der Legislaturperiode die Arbeit der Bundesregierung besser bewertet wurde als die Arbeit von Union und SPD in der Bundesregierung. Auch für die Bewertung der Regierungsarbeit scheint also zu gelten, dass das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile. Sofern die Arbeit der Unions- und SPD-Seite von den Befragten unterschiedlich bewertet wurde, so konnte der sozialdemokratische Teil der Regierung lange Zeit einen (geringfügigen) Vorteil für sich verbuchen. Das änderte sich erst im Frühjahr 2017, als die Sozialdemokraten im Urteil der Bürger hinter die Unionsparteien zurückfielen. Dieser Verlauf unterscheidet sich von jenen in den beiden vorangegangenen Legislaturperioden, in denen die Koalitionspartner der Unionsparteien in der öffentlichen Wertschätzung frühzeitig ins Hintertreffen gerieten (Schoen 2010; Schoen/Greszki 2014).

Diese Entwicklungen deuten darauf hin, dass die Bürgerurteile über die Regierung und die sie tragenden Parteien auf das politische Geschehen, nicht zuletzt die Flüchtlingskrise, reagierten. Jedoch scheinen die Reaktionen sehr moderat ausgefallen zu sein, vor allem gemessen an der Dimension der Herausforderung einer erheblichen Zuwanderung von insgesamt rund einer Million Menschen. Als Belege für eine massive Enttäuschung der gesamten Bürgerschaft können sie schwerlich gewertet werden. Überdies scheint die Kritik wieder nachgelassen zu haben, als die akute Flüchtlingskrise abklang. Die Reaktionen auf das politische Geschehen, so legen diese Umfrageergebnisse nahe, hinterließen keine bleibenden Spuren.

Diese Interpretation beruht jedoch auf der Annahme, die Entwicklung der durchschnittlichen Bewertungen spiegele den Verlauf der Urteile über die Regierung und die sie tragenden Parteien bei jedem einzelnen Wahlberechtigten getreulich wider. Die Annahme gleichförmiger Reaktionen kann durchaus zutreffen, doch ist sie im vorliegenden Fall nicht sehr plausibel (siehe allgemein z.B. Rivers 1988; Blumenstiel 2016). Denn es ist nicht davon auszugehen, dass Befürworter und Gegner einer liberalen Zuwanderungspolitik auf die Öffnung der Grenze und den Zustrom von Flüchtlingen in gleicher Weise reagierten. Entgegen der Homogenitätsannahme könnten sich bei ersteren die Urteile über die Regierung deutlich verbessert, bei letzteren deutlich verschlechtert

haben. Bei einigen Personen mögen die veränderten Bewertungen von kurzer, bei anderen von längerer Dauer gewesen sein. Diese Überlegung illustriert, dass sich hinter den moderaten Veränderungen der Durchschnittswerte eine Vielfalt individueller Trajektorien verbergen kann, die kaum vereinbar sind mit der Vorstellung, bei allen Wahlberechtigten entwickelten sich Urteile über Regierung und Parteien gleichförmig. Der Frage, ob diese Vermutung im vorliegenden Fall zutrifft, wenden wir uns nun zu.

3. Gleichförmigkeit oder Vielfalt? Die Entwicklung der Bürgerurteile auf der Individualebene

Um die Frage zu beantworten, ob die Urteile über die Regierung und die sie tragenden Parteien bei allen Bürgern dieselbe Entwicklung durchlaufen haben, sind Informationen erforderlich, die es erlauben, bei einzelnen Personen die entsprechenden Urteile über die Zeit hinweg zu beobachten. Das können Daten aus Wiederholungsbefragungen leisten. Für die folgenden Analysen greifen wir daher auf Daten aus einer Wiederholungsbefragung zurück, die im Rahmen der German Longitudinal Election Study (GLES) durchgeführt wurde. Zur Bundestagswahl 2013 wurde eine siebenwellige Online-Panelbefragung zur Urteilsbildung und zu Entscheidungsprozessen während des Wahlkampfes durchgeführt (Schoen et al. 2017). Um die politische Urteilsbildung der Befragten (Welle 1: 5256; Welle 7 nach der Wahl: 4192) im Laufe der folgenden Legislaturperiode zu untersuchen, wurden sie im Herbst 2014 und im Herbst 2015 zu Befragungen eingeladen ebenso wie zu der im Herbst 2016 begonnenen mehrwelligen Panelbefragung zur Meinungsbildung vor und nach der Bundestagswahl 2017. Für die Analysen, deren Ergebnisse hier vorgestellt werden, wurde auf die Daten aus den Erhebungen im September/Oktober 2013, im Oktober 2014, im Oktober 2015, im Oktober 2016, im Februar 2017, im Mai 2017 sowie im Juli 2017 zurückgegriffen (Rattinger et al. 2016a; Rattinger et al. 2016b; Roßteutscher et al. 2016; Roßteutscher et al. 2017). Damit sind die Daten aus der Erhebung insgesamt gut geeignet, die Bürgerurteile im Laufe der Legislaturperiode bis zum Beginn der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes 2017 zu untersuchen. Allerdings liegen keine Daten aus den ersten drei Quartalen des Jahres 2016 vor, als – nimmt man die oben berichteten Ergebnisse zum Maßstab – die Kritik an der Regierung am stärksten ausgeprägt war. Die vorliegenden Daten dürften daher die Ausschläge in den Bürgerurteilen nicht in vollem Umfang erfassen.

Die Teilnehmer an der Panelbefragung zum Wahlkampf 2013 wurden mit Hilfe eines Quotenverfahrens aus dem Online-Access-Panel der ResponDi AG gezogen. Es handelt sich also nicht um eine Zufallsstichprobe aus allen Wahlberechtigten, die heutzutage auch mit anderen

Verfahren nur schwer zu realisieren ist. Im Vergleich zu den Teilnehmern an der persönlich-mündlichen Befragung zur Bundestagswahl 2013 befindet sich unter den Panelbefragten ein höherer Anteil an politisch Interessierten und Parteianhängern (Schoen et al. 2017: 37). Wie weitergehende Analysen zeigen, gilt das für die Personen, die an den weiteren Befragungen bis in das Jahr 2017 teilnahmen, in noch etwas stärkerem Maße. Darüber hinaus umfassen sie einen größeren Anteil an Personen, die während des Wahlkampfes 2013 durchgängig dieselbe Partei bevorzugten. So finden sich unter allen Befragten des Jahres 2013 rund 18 Prozent, die in den Monaten vor der damaligen Wahl stets dieselbe Partei zu wählen beabsichtigten. Unter den Personen, die bis 2017 an der Befragung teilnahmen, liegt der entsprechende Anteil bei rund 28 Prozent (nicht tabellarisch oder graphisch ausgewiesen). Auch wenn die politische Urteilsbildung während und zwischen Wahlkämpfen nicht notwendig denselben Regelmäßigkeiten folgt, so deuten die Befunde doch darauf hin, dass diese Stichprobe die zeitliche Variation während der 18. Legislaturperiode eher unter- als überschätzt.

In unserer Analyse betrachten wir den Verlauf der Urteile über die Arbeit der Bundesregierung sowie die Arbeit der einzelnen Regierungsparteien im Einzelnen. CDU und CSU werden also, anders als in der Politbarometer-Erhebung, getrennt betrachtet. Dies scheint sachlich angemessen, nicht zuletzt angesichts der Kontroversen zwischen beiden Schwesterparteien infolge der Flüchtlingskrise (Weigl 2017). Allerdings liegen Informationen über die Einschätzungen der Arbeit der einzelnen Regierungsparteien in der Wiederholungsbefragung erst seit der Erhebung im Herbst 2015 vor. Das heißt, mit diesen Indikatoren ist es nicht möglich, der Frage nachzugehen, inwieweit sich die Bürgerurteile über die Arbeit der Regierungsparteien im zeitlichen Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise verändert haben. Um diese wichtige Periode untersuchen zu können, greifen wir auf andere Messgrößen zurück, nämlich die generischen Bewertungen der drei Regierungsparteien. Diese Indikatoren erfassen nicht exakt die Bewertung der Regierungsarbeit der jeweiligen Partei, jedoch hängen die generischen Parteibewertungen und die parteispezifischen Bewertungen der Regierungsarbeit in den Befragungswellen ab Herbst 2015 deutlich zusammen (mit einer kleinen Ausnahme liegen die bivariaten Korrelationen bei mindestens 0,8). Auch wenn die generischen Parteibewertungen somit nicht perfekte Indikatoren darstellen, so handelt es sich doch um brauchbare Instrumente zur Messung der Bewertungen der Regierungsarbeit und deren zeitlicher Veränderung. An ihnen lässt sich zudem ablesen, dass es sachlich gerechtfertigt ist, in der Analyse CDU und CSU getrennt zu betrachten. Denn die Korrelation zwischen beiden Parteibewertungen lag bis ins Jahr 2014 über 0,8, fiel 2015 jedoch

unter 0,7 und konnte erst im Frühjahr 2017 wieder über 0,7 steigen. Die Kontroverse zwischen den beiden Schwesterparteien infolge der Flüchtlingskrise hinterließ in den Wahrnehmungen und Urteilen der Befragten offenbar Spuren.

Wir beginnen unsere Analyse mit einem Blick auf die durchschnittliche Bewertung der Bundesregierung und der regierenden Parteien im Verlauf des Erhebungszeitraums. Wie Abbildung 2 zu entnehmen ist, wird die Arbeit der Bundesregierung von den Wiederholungsbefragten in dieser Stichprobe generell deutlich schlechter bewertet als von den Personen, die telefonisch für das Politbarometer befragt wurden. Betrachtet man die Entwicklung über die Zeit, so zeigt sich, dass die Arbeit der Bundesregierung im Oktober 2015 und 2016 im Durchschnitt etwas schlechter bewertet wurde als im Herbst 2014 und ab dem Beginn des Jahres 2017. Allerdings sind diese Trends nicht stark ausgeprägt, wie sich an Schwankungen um weniger als 0,1 Punkte auf einer von Null bis Eins reichenden Skala ablesen lässt. Zugleich deuten die Befunde zu den Regierungsparteien darauf hin, dass das Ansehen von CDU und SPD einen ähnlichen Verlauf wie die Bewertung der Regierungsarbeit nahm. Die durchschnittliche Bewertung der CSU hingegen fiel in den Jahren 2015 und 2016 nicht ab, sondern verbesserte sich tendenziell.

- Abbildung 2 etwa hier -

Die Daten aus der Wiederholungsbefragung gestatten es darüber hinaus, auf der Individualebene die Bewertungen über die Zeit zu untersuchen. Selbst wenn man die Analyse auf die sechs Befragungen vom Herbst 2014 bis zum Juli 2017 beschränkt, sind diverse Verlaufsmuster denkbar. Um die Untersuchung zu vereinfachen, bietet es sich an, aus der zentralen Fragestellung eine Periodisierung abzuleiten. Wir sind daran interessiert, wie sich die Urteile der Bürger vor, während und nach dem akuten Zustrom von Flüchtlingen entwickelten. Daher unterteilen wir den Untersuchungszeitraum in drei Phasen. Wir betrachten die Angaben aus dem Jahr 2014 als Messung vor der Krise. Da die akute Flüchtlingskrise im Jahr 2015 begann und bis tief in das Jahr 2016 hineinreichte, bilden wir aus den Angaben in den Befragungen 2015 und 2016² den Mittelwert, um die Bürgerurteile unter dem unmittelbaren Eindruck des Flüchtlingszustroms zu erfassen. Schließlich bilden wir den Mittelwert über die Messwerte in den Befragungen im Februar, Mai und Juli 2017 und verwenden diesen als Indikator für die Zeit nach der akuten Flüchtlingskrise.

² Die Flüchtlingskrise setzte im Spätsommer 2015 ein, erreichte jedoch erst deutlich nach Abschluss der Befragung im Oktober 2015 ihr volles Ausmaß, das im Oktober 2016 für einige Befragte vermutlich nicht mehr spürbar war.

Auf diese Weise können wir unter anderem vermeiden, dass kurzzeitige Schwankungen von Bürgerurteilen im Wahljahr, etwa unmittelbar nach der Nominierung des SPD-Kanzlerkandidaten im Januar 2017, mit Blick auf die vorliegende Fragestellung übermäßige Bedeutung zugemessen wird. Diese Periodisierung geht unvermeidlich mit Vereinfachungen einher und unterschätzt die intraindividuelle Variation eher, als dass sie diese übertreibt.

Auf der Grundlage dieser Periodisierung unterscheiden wir sechs Entwicklungsmuster. Erstens betrachten wir Personen, deren Bewertung durch die drei Phasen hindurch unverändert blieb. In die zweite Gruppe fallen Personen, deren Urteile in den Jahren 2015 und 2016 negativer ausfielen als vorher und anschließend nicht wieder auf das ursprüngliche Niveau zurückkehrten. Davon zu unterscheiden sind Personen, deren Urteile in den Jahren 2015 und 2016 abfielen, danach jedoch mindestens wieder das vorherige Niveau erreichten. Spiegelbildlich zur dauerhaften und zwischenzeitlichen Verschlechterung betrachten wir die dauerhafte und zwischenzeitliche Verbesserung der Bürgerurteile. Schließlich ergibt sich eine Residualkategorie mit allen Verläufen, die sich nicht den genannten Mustern zuordnen lassen. Bei der Messung von Veränderungen der Bewertungen werden sämtliche numerische Veränderungen von Messwerten berücksichtigt, auch solche um einen Skalenpunkt und noch geringere Veränderungen zwischen den Mittelwerten der aggregierten Bewertungen während und nach der Krise, obgleich diese auch infolge zufälliger Messfehler zustande gekommen sein könnten. Daher wird die intraindividuelle Variabilität insofern eher über- als unterschätzt. Überdies sei darauf hingewiesen, dass nicht jede gemessene Veränderung mit der Flüchtlingskrise in einem kausalen Zusammenhang stehen muss.

Tabelle 1 gibt Auskunft über die Verteilung der Befragten auf die sechs Verlaufsmuster. Etwa 13 Prozent beurteilten die Arbeit der Bundesregierung 2015 und 2016 schlechter als 2014, im Jahr 2017 hingegen mindestens ebensogut wie damals. Bei diesen Befragten findet sich also ein Muster, das dem Verlauf der durchschnittlichen Bewertungen in der Gesamtstichprobe entspricht. Allerdings handelt es sich dabei um eine Minderheit. Bei den übrigen Befragten sind andere Verlaufsmuster zu beobachten. Bei rund jedem zwanzigsten Befragten ist über die drei Perioden hinweg keinerlei Veränderung zu erkennen. Bei gut einem Drittel der Befragten verschlechterte sich das Urteil über die Arbeit der Bundesregierung in den Jahren 2015 und 2016, ohne dass es anschließend wieder zum Niveau des Jahres 2014 zurückgekehrt wäre. Nicht alle Befragte bewerteten jedoch die Regierungsarbeit während der akuten Flüchtlingskrise schlechter als 2014. Rund ein Viertel der Befragten bewerteten die Leistung der Regierung in den Jahren 2015 und 2016 besser als vorher, und das blieb im Jahr 2017 auch so. Bei knapp 5 Prozent der Befragten fiel

die Bewertung der Regierungsleistung nach einem zwischenzeitlichen Anstieg im Jahr 2017 unter oder auf das im Jahr 2014 erreichte Niveau. Der Verlauf der durchschnittlichen Bewertungen des Elektorats gibt somit nur sehr unzureichend Auskunft darüber, wie sehr und auf wie unterschiedliche Weise sich die Urteile der Befragten über die Regierungsarbeit im Untersuchungszeitraum veränderten.

- Tabelle 1 etwa hier –

Letzteres gilt für die Urteile über die einzelnen Regierungsparteien analog. Gleichwohl sind bemerkenswerte Unterschiede zu erkennen. Wie bei den Urteilen über die Arbeit der Regierung bilden im Falle von CDU und SPD die Personen, deren Bewertungen sich 2015 und 2016 verschlechterten und anschließend nicht wieder das Ausgangsniveau erreichten, die Modalkategorie. Für die CSU findet sich hingegen ein deutlich anderes Muster. Während knapp ein Viertel der Befragten das Muster einer anhaltenden Verschlechterung zeigen, lässt sich knapp ein Drittel dem spiegelbildlichen Muster zuordnen. Unter diesen Befragten gewann die CSU während der Jahre 2015 und 2016 an Ansehen und büßte diesen Zugewinn im Jahr 2017 nicht wieder ein. Bei ihnen, und damit in der größten der sechs Gruppen, tritt somit derjenige Verlauf auf, den die durchschnittliche Bewertung der CSU in der Stichprobe genommen hat. Ungeachtet dessen, ob man die Urteile über die Regierung oder sie tragenden Parteien betrachtet, zeigen die Ergebnisse deutlich, dass die Vorstellung, es gebe ein homogenes Elektorat, dessen Mitglieder auf politisches Geschehen in gleicher Weise reagieren, die Realität in der 18. Legislaturperiode des Bundestages nur unzureichend beschreibt. Weiterhin deuten die Befunde darauf hin, dass die Befragten Differenzen zwischen den Regierungsparteien in bezug auf die Flüchtlingspolitik wahrnahmen.

Die unterschiedlichen Entwicklungsmuster könnten, wie eingangs erwähnt, von Einstellungen zu Zuwanderung abhängen. Bewertungen äußeren Geschehens hängen nicht zuletzt von Prädispositionen ab, die sich auf Aspekte des Geschehens beziehen (siehe Sears et al. 1980; Feldman 2003; Goren et al. 2016). Die Entscheidung im September 2015, die Grenzen zu öffnen, führte zum Zustrom von vielen Menschen aus anderen, für viele Wahlberechtigte fremden Kulturen. Reaktionen darauf könnten daher von Haltungen gegenüber Zuwanderung beeinflusst worden sein, in denen sich u. a. Einstellungen zu anderen Kulturen, kollektive Identitäten und entsprechende Stereotypen widerspiegeln. Um zu prüfen, ob diese Vermutung zutrifft, greifen wir

auf Informationen zurück, die in der Wiederholungsbefragung vor und unmittelbar nach der Bundestagswahl 2013 gemessen wurden. In den sieben Wellen dieser Erhebung ab Mitte Juni 2013 wurden die Befragten darum gebeten, ihre Meinung zu der Frage, ob der Zuzug von Ausländern erleichtert oder erschwert werden sollte, auf einer siebenstufigen Skala anzugeben. Aus den Antworten in den sieben Wellen wurde ein Mittelwertindex gebildet, der weniger anfällig für zufällige Schwankungen sein sollte als die Einzelmessungen.³ Dieses Maß hat überdies den Vorteil, dass es die Haltung zu Einwanderung deutlich vor dem Zustrom von Flüchtlingen ab dem Jahr 2015 erfasst und daher keine Zweifel hinsichtlich der zeitlichen Abfolge weckt (siehe dazu Rudnik/Schoen 2015). Diesen Mittelwertindex verwenden wir als zentrale unabhängige Variable in multinomialen logistischen Regressionsmodellen, in denen das Auftreten der Verlaufstypen erklärt werden soll. Als Kontrollvariablen verwenden wir einen analog gebildeten Mittelwertindex, der die Haltung der Befragten zu Sozialausgaben und Steuern im Wahlkampf 2013 erfassen soll. Ferner kontrollieren wir Alter, Geschlecht und formale Bildung der Befragten.⁴ Bei der Darstellung der Ergebnisse konzentrieren wir uns auf zwei Verläufe, nämlich anhaltende Verbesserungen und Verschlechterungen der Bürgerurteile von der ersten bis zur dritten Untersuchungsperiode. Wie gezeigt, fallen sie quantitativ stark ins Gewicht und unterscheiden sich besonders deutlich von der Entwicklung der Durchschnittswerte in der Gesamtstichprobe, die als vorübergehende Verstimmung charakterisiert werden kann. In Abbildung 3 ist in Abhängigkeit von der Haltung zur Zuwanderung der Anteil der Befragten abgetragen, die dem jeweiligen Muster zugeordnet werden können.

- Abbildung 3 -

Die Ergebnisse zeigen, dass die Haltung zur Zuwanderung den Verlauf der Bürgerurteile über die Regierungspolitik und die Regierungsparteien beeinflusste. Je skeptischer sich Befragte im Jahr 2013 über mehr Zuwanderung äußerten, mit desto höherer Wahrscheinlichkeit bewerteten sie im Laufe der Legislaturperiode die Arbeit der Bundesregierung schlechter. Für die monotone Verbesserung der Urteile über die Regierungsarbeit findet sich ein spiegelbildliches Muster. Im

³ Die bivariaten Korrelationen zwischen den Messungen in den einzelnen Wellen bewegen sich zwischen 0,65 und 0,85.

⁴ Die zusätzliche Kontrolle der Parteiidentifikation (gemessen in der Befragung unmittelbar nach der Bundestagswahl 2013) verändert die substantiellen Ergebnisse nicht.

Ergebnis überwogen bei zuwanderungsskeptischen Personen diejenigen, welche die Regierung zunehmend kritisch beurteilten; bei zuwanderungsfreundlichen Personen findet sich das umgekehrte Muster. Für die Bewertungen der CDU ergeben sich ganz ähnliche Muster. Das könnte darauf hindeuten, dass die Partei der Kanzlerin stark mit der Regierungspolitik assoziiert wurde. Auch die Befunde zur SPD-Bewertung ähneln jenen zur Regierungsarbeit. Jedoch spielt hier die Haltung zur Zuwanderung eine schwächere Rolle, und bereits bei einer recht zuwanderungsfreundlichen Haltung überwiegen die Personen, welche die SPD kritischer beurteilten. Welche Entwicklung die Bewertung der CSU nahm, hängt auch von der Haltung zu Zuwanderung ab, jedoch auf andere Weise als in den soeben geschilderten Fällen. Denn unter Personen, die sich im Jahr 2013 kritisch über mehr Zuwanderung äußerten, konnte die CSU mit überdurchschnittlicher Wahrscheinlichkeit Ansehensgewinne verbuchen.

Bürger scheinen also ihre Haltungen zur Zuwanderungspolitik zum Maßstab genommen zu haben, um die Entscheidungen und Positionen der Regierung und der sie tragenden Parteien zu beurteilen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass diese Zusammenhänge nicht vollkommen sind. So finden sich etwa auch unter zuwanderungskritischen Personen rund zwanzig Prozent, welche die Regierungsarbeit im Laufe der Legislaturperiode besser bewerteten. Sieht man davon ab, dass neben der Flüchtlingskrise noch viele andere Themen und Ereignisse die Bürgerurteile über Regierung und Parteien beeinflusst haben können, so ist nicht zuletzt zu bedenken, dass die Regierung und die sie tragenden Parteien keineswegs durchgängig konsistente Signale zur Flüchtlingspolitik aussandten. Darüber hinaus könnten einige Befragte ihre Haltung zur Zuwanderung von 2013, als diese gemessen wurde, bis zum Beginn der Flüchtlingskrise durchaus geändert haben. Diese Einschränkungen beeinträchtigen jedoch nicht die Folgerung, dass sich bei etlichen Befragten die Bewertungen der Regierung und der sie tragenden Parteien in Abhängigkeit von Einstellungen zur Zuwanderung monoton verbesserten oder verschlechterten. Anders als von der Entwicklung der Durchschnittswerte nahegelegt, finden sich Anzeichen für policy-bezogene Veränderungen der Bürgerurteile über die Regierung und die sie tragenden Parteien, die bis in den Sommer 2017 anhielten.

Um die Tragweite dieser Veränderungen auszuloten, untersuchen wir, ob sie in Abhängigkeit vom Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2013 auftraten. Würden beispielsweise allein Wähler von Oppositionsparteien die Arbeit der Bundesregierung zunehmend kritisch beurteilen, während die Personen, die 2013 für Regierungsparteien votierten, deren Arbeit unverändert oder sogar besser bewerten, so dürften die Verschiebungen der Bewertungen parteipolitische Vorlieben verstärken,

nicht jedoch in Frage stellen. Um zu untersuchen, ob die Verlaufsmuster sich nach der Wahlentscheidung 2013 unterscheiden, führten wir eine multinomiale logistische Regression durch, in der die Verlaufsmuster mit dem Wahlverhalten 2013 (und soziodemographischen Kontrollvariablen) erklärt werden. Die Ergebnisse zeigen, dass das Wahlverhalten im Jahr 2013 in keinem praktisch bedeutsamen Zusammenhang zur Verbreitung der beiden Verläufe steht, die eine monoton verbesserte oder verschlechterte Bewertung der Regierung sowie von CDU, CSU und SPD bedeuten (nicht tabellarisch oder graphisch ausgewiesen). Beispielsweise finden sich unter CDU/CSU-Wählern des Jahres 2013 38 Prozent, die die Bundesregierung in den folgenden Jahren monoton schlechter bewerteten. Unter den Wählern von SPD, FDP, Grünen, Linkspartei und AfD betragen die entsprechenden Anteile zwischen 30 und 45 Prozent, sind jedoch aufgrund der geringen Fallzahlen unter Berücksichtigung des Stichprobenfehlers nicht vom Wert unter den Unionswählern zu unterscheiden. Zugleich finden sich unter den CDU/CSU-Wähler knapp 28 Prozent, die die CSU von 2015 an monoton besser bewerteten. Diese Tendenz zeigt sich jedoch auch für alle anderen Wählergruppen. In allen Gruppen gibt es etwa ein Drittel an Befragten, die die CSU nun beständig besser bewerten. Diese Beispiele veranschaulichen, dass die veränderten Bewertungen von Regierung und Regierungsparteien in einigen Fällen mit den bei der Bundestagswahl 2013 bekundeten parteipolitischen Vorlieben in Einklang stehen, in anderen Fällen diesen jedoch zuwiderliefen.

Um die substantielle Relevanz der veränderten Bewertungen zu erkunden, untersuchen wir abschließend das Ausmaß dieser Veränderungen in ausgewählten Wählergruppen bei der Bundestagswahl 2013. Die Ergebnisse in Tabelle 2 zeigen die mittleren Bewertungen von Regierung, CDU, CSU und SPD unter Wählern verschiedener Parteien vor, während und nach der akuten Flüchtlingskrise, und zwar für Personen, deren Bewertungen sich anhaltend verbesserten oder verschlechterten. Es ergibt sich ein konsistentes Bild: Die dauerhaften Verschlechterungen und Verbesserungen der regierungs- und parteibezogenen Urteile belaufen sich dem Betrage nach jeweils auf rund 0,2 Skalenpunkte auf einer Skala, die von Null bis Eins reicht. Diese substantiell bedeutsamen Verschiebungen führten dazu, dass die Wähler einer Partei (im Jahr 2013) diese im Jahr 2017 sehr deutlich und nicht mehr nur mäßig positiv (im Falle verbesserter Bewertungen) beurteilten oder aber, im Falle verschlechterter Bewertungen, nicht mehr deutlich, sondern nur noch geringfügig positiv bewerteten. Bei den Wählern von Grünen, Linkspartei, FDP und AfD verschoben sich die Bewertungen in ähnlichem Ausmaß. Die substantielle Bedeutung der veränderten Bewertungen lässt sich zudem daran ablesen, dass die Wähler der SPD, die die

Regierung dauerhaft schlechter bewerteten, von 2014 bis 2017 zu recht entschiedenen Kritikern der Großen Koalition wurden, der auch die Partei angehört, die sie 2013 gewählt hatten.

- Tabelle 2 -

Zusammengenommen hat die Analyse der Paneldaten gezeigt, dass sich die Bewertungen von Regierung und Regierungsparteien lediglich bei einer Minderheit der Befragten nach einer kurzen Verschlechterung wieder verbesserten. Bei der Mehrheit verbesserten oder verschlechterten sich die Bewertungen in erheblichem Umfang und bis in den Sommer 2017 hinein. Diese dauerhaften Verschiebungen scheinen ihre Ursache unter anderem darin zu haben, dass die Befragten die Entscheidungen und Positionierung der Regierungsparteien anhand ihrer eigenen zuwanderungspolitischen Vorstellungen bewerteten.

4. Schlussbemerkungen

In der Legislaturperiode von 2013 bis 2017 erregte keine andere Entscheidung der Bundesregierung so großes öffentliches Interesse und sorgte für derart heftige Reaktionen wie jene vom September 2015, die Regeln des Dublin-Abkommens nicht mehr restriktiv auszulegen und die deutschen Grenzen für Flüchtlinge zu öffnen. Im vorliegenden Beitrag sind wir der Frage nachgegangen, wie sich die Urteile der Bürger über die Regierung und die sie tragenden Parteien im Laufe der Legislaturperiode, also vor, während und nach dem akuten Zustrom einer großen Anzahl von Flüchtlingen entwickelt haben. Die Befunde auf der Grundlage von Meinungsumfragen im Rahmen des Politbarometers zeigen, dass sich die durchschnittlichen Urteile über die Arbeit der Bundesregierung sowie der Unionsparteien und der SPD vorübergehend in vergleichsweise geringem Umfang verschlechterten, ehe sie im Wahljahr 2017 praktisch auf das Niveau vor der Flüchtlingskrise zurückkehrten. Dieses Ergebnis steht in Einklang mit der Erzählung von an- und dann wieder abschwellender Kritik an Regierung und etablierten Parteien infolge des Flüchtlingszustroms, selbst wenn das Ausmaß der Veränderungen sich nicht gut zu manchem Krisenszenario fügt.

Wie die weitere Analyse zeigte, beschreibt diese Erzählung die Entwicklungen der Bürgerurteile jedoch nur unzureichend. Mit Hilfe von Daten aus einer mehrwelligen Wiederholungsbefragung im Rahmen der GLES haben wir gezeigt, dass sich bei der überwiegenden Mehrzahl der Befragten die Urteile über die Regierungsarbeit und die Regierungsparteien von 2014 bis 2017 nicht nach

dem Muster einer vorübergehenden Verstimmung entwickelten, wie sie im gesamten Elektorat zu beobachten ist. Vielmehr verbesserten oder verschlechterten sich bei mehr als der Hälfte der Befragten in diesem Zeitraum die Urteile über die Regierung und die sie tragenden Parteien dauerhaft. Diese anhaltenden Veränderungen hängen deutlich mit Einstellungen zur Zuwanderungspolitik vor der Flüchtlingskrise zusammen. Auch wenn man das Ausmaß der Veränderungen nicht überzeichnen sollte, kann man von einer Tendenz zu einer policy-orientierten Polarisierung der Partei- und Regierungsbewertungen sprechen. Die während der Flüchtlingskrise veränderten Urteile über Regierung und Regierungsparteien waren somit dauerhafter und politisch potentiell folgenreicher, als es das Narrativ von an- und abschwellender Kritik an Regierung und Regierungsparteien nahelegt. Bei etlichen Deutschen scheinen die Reaktionen während der akuten Flüchtlingskrise noch im Sommer 2017 erkennbar gewesen zu sein – und könnten in die Wahlentscheidung im September 2017 eingeflossen sein.

Die Frage, inwieweit Reaktionen während der Flüchtlingskrise im Wahlverhalten am 24. September 2017 Spuren hinterließen, kann die vorliegende Untersuchung nicht beantworten. Um dies zu leisten, ist es erforderlich, den Untersuchungszeitraum bis zum Wahltag 2017 auszudehnen. Weitere Einschränkungen der Aussagekraft ergeben sich daraus, dass wegen des Fehlens einer Panelwelle im ersten Halbjahr 2016 das Ausmaß der Bürgerreaktionen während der Flüchtlingskrise nicht vollständig erfasst werden konnte. Zudem haben wir eine Stichprobe betrachtet, die nicht zufällig aus dem Elektorat gezogen wurde, was die Verallgemeinerbarkeit der Befunde tangiert. Außerdem erfordert eine verlässliche Antwort auf die Frage, welche der beobachteten Veränderungen der Bürgerurteile kausal auf die Flüchtlingskrise zurückgeführt werden können, aufwendigere Analysen. Schließlich ist die Analyse auf die Urteile über die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien beschränkt, während andere Parteien, politische Institutionen und Politiker ausgeblendet werden mussten. Diese Desiderata deuten auf ein erhebliches Potential für künftige Forschung hin, dürften den Hauptbefund jedoch nicht beeinträchtigen: In der Legislaturperiode von 2013 bis 2017 entwickelten sich die Urteile vieler Bürger über die Regierung und die sie tragenden Parteien in einer Weise, die schwerlich als vorübergehende Verstimmung beschrieben werden kann.

Literatur

- Alexander, Robin*, 2017: Die Getriebenen. Merkel und die Flüchtlingspolitik: Report aus dem Inneren der Macht. Berlin: Siedler.
- Blätte, Joachim*, 2017: Multikulti ist tot? Es lebe die Vielfalt!, in: Bieber, Christoph/Blätte, Andreas/Korte, Karl-Rudolf/Switek, Niko (Hrsg.), *Regieren in der Einwanderungsgesellschaft. Impulse zur Integrationsdebatte aus Sicht der Regierungsforschung*, Wiesbaden: Springer VS, 163-172.
- Blumenstiel, Jan Eric*, 2016: Wie sich Wähler beim Entscheiden unterscheiden. Wählerheterogenität bei den Bundestagswahlen 1998 bis 2009. Baden-Baden: Nomos.
- Dinkel, Reiner*, 1977: Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen, in: *Politische Vierteljahresschrift* 18, 348-359.
- Feldman, Stanley*, 2003: Values, Ideology, and the Structure of Political Attitudes, in: Sears, David O./Huddy, Leonie/Jervis, Robert (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Political Psychology*, New York: Oxford University Press, 477-508.
- Goren, Paul/Schoen, Harald/Reifler, Jason/Scotto, Thomas/Chittick, William*, 2016: A Unified Theory of Value-based Reasoning and U.S. Public Opinion, in: *Political Behavior* 38: 977-997.
- Haller, Michael*, 2017: Die "Flüchtlingskrise" in den Medien. Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information. *OBS-Arbeitsheft 93*. Frankfurt: Otto-Brenner-Stiftung.
- Jäckle, Sebastian/Pascal D. König*, 2017: The Dark Side of the German „Welcome Culture“: Investigating the Causes Behind Attacks on Refugees in 2015, in: *West European Politics* 40: 223-251.
- Korte, Karl-Rudolf*, 2017a: Identitätsfragen als neue demokratische Herausforderung des Politikmanagements, in: Bieber, Christoph/Blätte, Andreas/Korte, Karl-Rudolf/Switek, Niko (Hrsg.), *Regieren in der Einwanderungsgesellschaft. Impulse zur Integrationsdebatte aus Sicht der Regierungsforschung*, Wiesbaden: Springer VS, 9-17.
- Korte, Karl-Rudolf*, 2017b: Der Sog der Mitte: Die Repolitisierung der Wähler im Wahljahr 2017, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27: 221-231.
- Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard /Wolf, Christof /Plischke, Thomas/Wiegand, Elena*, 2016a: Short-Term Campaign Panel 2013 (GLES). *GESIS Data Archive, Cologne*. ZA5704 Data file Version 3.2.0.
- Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard /Wolf, Christof /Blumenstiel, Jan Eric/Wiegand, Elena*, 2016b: Intermediate inquiry 2014 of Long-term Panel started in 2005,2009 and 2013 and of Short-term Campaign Panel 2013 (GLES). *GESIS Data Archive, Cologne*. ZA5758 Data file Version 2.0.0.
- Rivers, Douglas*, 1988: Heterogeneity in Models of Electoral Choice, in: *American Journal of Political Science* 32, 737-747.
- Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Schoen, Harald/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof/Preißinger, Maria/Rudnik, Agatha*, 2016: Intermediate inquiry 2015 of Long-term Panel started in 2005,2009 and 2013 and of Short-term Campaign Panel 2013 (GLES). *GESIS Data Archive, Cologne*. ZA5759 Data file Version 1.0.0.

- Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Schoen, Harald/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof/Preißinger, Maria/Rudnik, Agatha/Wuttke, Alexander*, 2017: Short-term Campaign Panel 2017 (GLES). GESIS Data Archive, Cologne. ZA6804 Data file Version 2.0.0.
- Rudnik, Agatha/Schoen, Harald*, 2015: Mehr als ökonomisches Kalkül? Zu den Bestimmungsfaktoren von auf die Eurokrise bezogenen Performanzbewertungen und Policy-Präferenzen, in: Giebler, Heiko/Wagner, Aiko (Hrsg.): *Wirtschaft, Krise und Wahlverhalten*, Baden-Baden: Nomos, 139-164.
- Schoen, Harald*, 2010: Die Bürger ziehen Bilanz. Einstellungen zur Großen Koalition und Wahlverhalten 2009, in: Egle, Christoph/ Zohnhöfer, Reimut (Hrsg.): *Die zweite Große Koalition. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005-2009*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 29-50.
- Schoen, Harald/Greszki, Robert*, 2014: Gemeinsames Regieren, getrennte Rechnungen. Bürgerurteile über die Regierung Merkel II und Wahlverhalten 2013, in: Zohnhöfer, Reimut/Saalfeld, Thomas (Hrsg.), *Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013*, Wiesbaden: Springer VS, 25-48.
- Schoen, Harald/Rattinger, Hans/Preißinger, Maria/Gavras, Konstantin/Steinbrecher, Markus unter Mitarbeit von Elena Werner*, 2017: *Election Campaigns and Voter Decision-Making in a Multi-Party System: The 2009 and 2013 German Federal Elections*. Baden-Baden: Nomos.
- Sears, David O./Lau, Richard, R./Tyler, Tom R./Allen, Harris M. Jr.*, 1980: Self-interest versus Symbolic Politics in Policy Attitudes and Presidential Voting, in: *American Political Science Review* 74, 670-684.
- Weigl, Michael*, 2017: Ratlos und verwundbar. Das Taumeln von Union und SPD in der „Flüchtlingskrise“, in: Bieber, Christoph/Blätte, Andreas/Korte, Karl-Rudolf/Switek, Niko (Hrsg.), *Regieren in der Einwanderungsgesellschaft. Impulse zur Integrationsdebatte aus Sicht der Regierungsforschung*, Wiesbaden: Springer VS, 69-72.

Anhang: Operationalisierungen

Leistung der Bundesregierung: „Nun zur derzeitigen Bundesregierung in Berlin. Sind Sie mit den Leistungen der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD eher zufrieden oder eher unzufrieden?“ (elfstufige Antwortvorgabe von „völlig unzufrieden“ bis „völlig zufrieden“, rekodiert auf den Wertebereich von 0 bis 1).

Bewertung der Parteien: „Was halten Sie so ganz allgemein von den einzelnen politischen Parteien?“ (elfstufige Antwortvorgabe von „halte überhaupt nichts von der Partei“ bis „halte sehr viel von der Partei, rekodiert auf den Wertebereich von 0 bis 1“).

Wahlverhalten: Bei der Bundestagswahl können/konnten Sie ja zwei Stimmen vergeben. Die Erststimme für einen Kandidaten aus Ihrem Wahlkreis und die Zweitstimme für eine Partei. Was haben Sie auf Ihrem Stimmzettel angekreuzt? (Musterstimmzettel mit CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und andere Partei als Antwortmöglichkeiten für die Zweitstimme).

Parteibindung: „Und jetzt noch einmal kurz zu den politischen Parteien. In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie - ganz allgemein - einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?“ Aus den Antworten wurden Dummyvariablen für die jeweiligen Parteien und die Personen ohne Parteiidentifikation kreiert.

Sozial- und Wirtschaftspolitik: „Und nun noch zu zwei weiteren politischen Streitfragen. Zunächst der Themenbereich Steuern und sozialstaatliche Leistungen. Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet, andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Welche Politik vertreten Ihrer Meinung nach die Parteien dazu? (...) Und wie ist das bei Ihnen? Wo stehen Sie bei dieser Frage?“ (elfstufige Antwortvorgabe von „weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet“ bis „mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet“, rekodiert auf den Wertebereich von 0 bis 1).

Zuwanderungspolitik: „Nun geht es um die Zugangsmöglichkeiten für Ausländer. Sollten die Zugangsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert oder eingeschränkt werden? (...) Und wie ist das bei Ihnen? Wo stehen Sie bei dieser Frage?“ (siebenstufige Antwortvorgabe von „Zugangsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden“ bis „Zugangsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden“, rekodiert auf den Wertebereich von 0 bis 1).

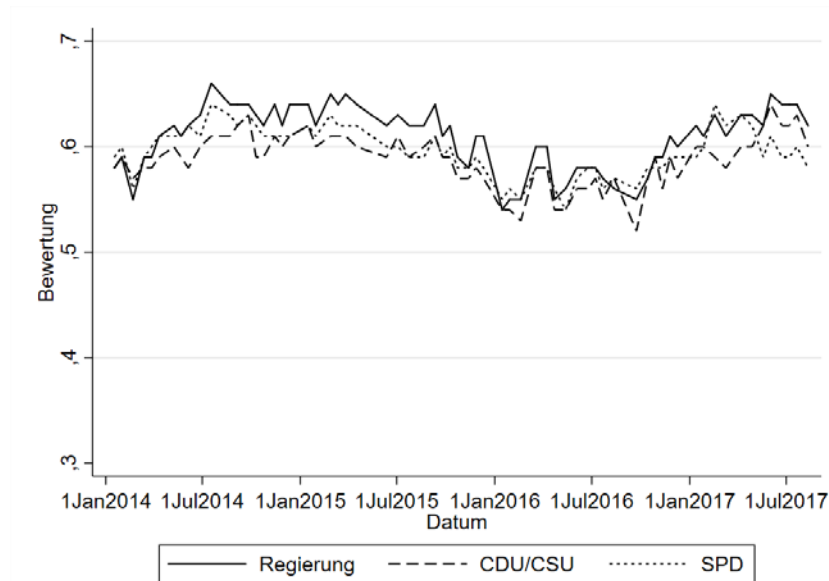
Geschlecht: 0: männlich; 1: weiblich.

Alter: in Jahren

Formale Bildung: kategoriale Variable: 0: niedrig („Schule beendet ohne Abschluss“, „Hauptschulabschluss“), 1: mittel („Realschulabschluss“), 2: hoch („Fachhochschulreife“, „Abitur“).

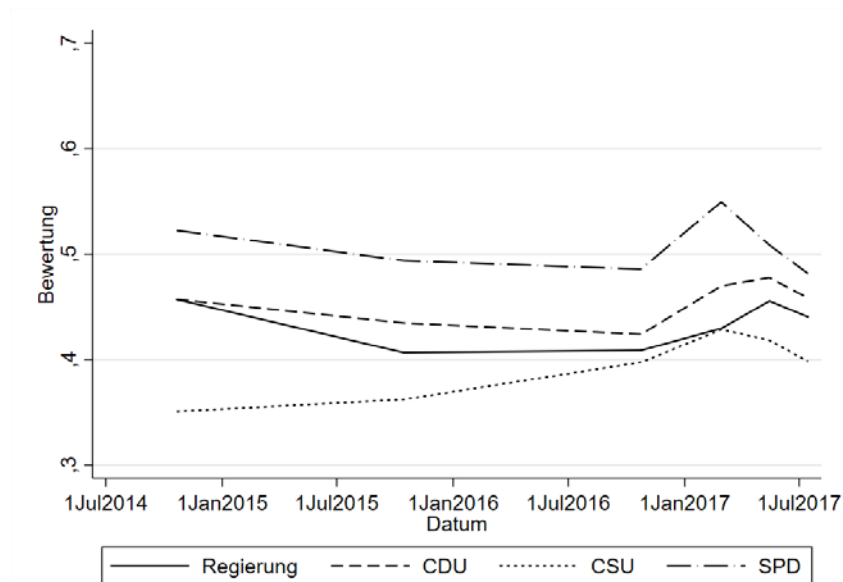
Abbildungen:

Abbildung 1: Mittlere Zufriedenheit mit der Regierung und den Regierungsparteien von Januar 2014 bis August 2017



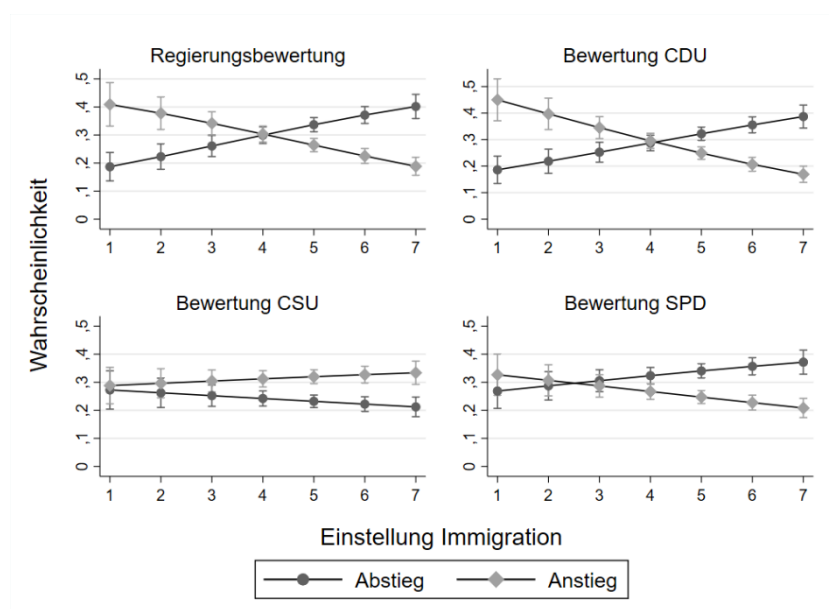
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer (66 Messzeitpunkte). „Sind Sie mit den Leistungen der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD eher zufrieden oder eher unzufrieden? Bitte beschreiben Sie es wieder mit dem Thermometer von plus 5 bis minus 5. "Plus 5" bedeutet, dass Sie mit den Leistungen der Regierung voll und ganz zufrieden sind. "Minus 5" bedeutet, dass Sie mit den Leistungen der Regierung vollständig unzufrieden sind. Auch hier können Sie mit den Werten dazwischen Ihre Meinung abgestuft sagen. Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie also mit den Leistungen der Bundesregierung aus CDU/ CSU und SPD? (der CDU/ CSU in der Regierung?; der SPD in der Regierung?)“ Wertebereich rekodiert auf 0 bis 1.

Abbildung 2: Mittlere Zufriedenheit mit der Regierung und den Regierungsparteien von Herbst 2014 bis August 2017



Quelle: GLES: Wahlkampfpanel (6 Messzeitpunkte). „Nun zur derzeitigen Bundesregierung in Berlin. Sind Sie mit den Leistungen der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD eher zufrieden oder eher unzufrieden?“ beziehungsweise „Was halten Sie so ganz allgemein von den einzelnen politischen Parteien?“ CDU; CSU; SPD. Wertebereich: 0 bis 1.

Abbildung 3: Geschätzte Wahrscheinlichkeiten für ein strikt positives oder negatives Verlaufsmuster bei der Regierungsbewertung nach Einstellung gegenüber Immigration (Angaben: Wahrscheinlichkeiten)



Tabellen:

Tabelle 1: Verteilung der Verlaufsmuster (Angaben: Spaltenprozent)

	Regierung	CDU	CSU	SPD
Residualkategorie	12,7	13,9	13,5	12,4
Abstieg	36,0	32,1	23,5	37,3
Abstieg und Erholung	13,2	13,3	11,4	13,1
Anstieg	25,7	25,1	31,6	22,6
Anstieg und Abstieg	5,7	5,8	9,2	8,2
Konstanz	6,7	9,9	10,9	6,5
N	1437	1415	1396	1385

Tabelle 2: Bewertung der Regierung und der sie tragenden Parteien vor, während und nach der Flüchtlingskrise in Abhängigkeit von der Wahlentscheidung 2013 (Angaben: Mittelwerte)

Bewertung Regierung	Dauerhafter Abstieg			Dauerhafter Anstieg		
	Vor	Krise Während	Nach	Vor	Krise Während	Nach
CDU/CSU	0,72	0,46*	0,50*	0,56	0,71*	0,74*
SPD	0,58	0,36*	0,37*	0,34	0,51*	0,53*
FDP	0,63	0,44	0,48	0,43	0,58	0,59
Grünen	0,55	0,35*	0,38*	0,30	0,47*	0,48*
Die Linke	0,41	0,21*	0,24*	0,19	0,34*	0,37*
AfD	0,41	0,17*	0,21*	0,23	0,40	0,42
Bewertung CDU						
CDU/CSU	0,82	0,61*	0,63*	0,64	0,80*	0,81*
SPD	0,54	0,34*	0,35*	0,27	0,42*	0,45*
FDP	0,75	0,55	0,57	0,58	0,67	0,68
Grünen	0,51	0,31*	0,34	0,25	0,38	0,43*
Die Linke	0,42	0,21*	0,24*	0,16	0,35*	0,38*
AfD	0,48	0,25*	0,27*	0,22	0,37	0,44
Bewertung CSU						
CDU/CSU	0,76	0,57*	0,59*	0,44	0,64*	0,68*
SPD	0,48	0,28*	0,32*	0,19	0,39*	0,41*
FDP	0,64	0,48	0,53	0,55	0,65	0,70
Grünen	0,40	0,22	0,21	0,18	0,32*	0,37*
Die Linke	0,38	0,18*	0,22*	0,12	0,34*	0,35*
AfD	0,55	0,39	0,35	0,29	0,52*	0,52*
Bewertung SPD						
CDU/CSU	0,61	0,42*	0,39*	0,38	0,54*	0,55*
SPD	0,81	0,61*	0,62*	0,52	0,67*	0,71*
FDP	0,58	0,40*	0,39*	0,36	0,49	0,52
Grünen	0,68	0,48*	0,50*	0,47	0,57	0,61
Die Linke	0,61	0,40*	0,42*	0,34	0,52*	0,57*
AfD	0,38	0,18*	0,20*	0,29	0,46	0,53

Anmerkung: Fallzahlen der Zellen zwischen 12 (Anstieg der CDU-Bewertung bei AfD-Wählern) und 157 (Abstieg der SPD-Bewertung bei SPD-Wählern). Wertebereich: 0 bis 1. * Der Messwert ist auf dem 95-Prozentsniveau statistisch signifikant von dem Messwert vor der Flüchtlingskrise verschieden.

Lesehilfe: Der Wert 0,72 in der ersten Spalte in der ersten Zeile bedeutet, dass die Wähler von CDU/CSU, deren Bewertung der Regierung sich während der Flüchtlingskrise verschlechterte und sich anschließend nicht erholte, die Regierung im Durchschnitt mit 0,72 bewerteten. Die Befunde in der zweiten und dritten Spalte zeigen, dass diese Personen die Regierung während der Flüchtlingskrise im Durchschnitt mit 0,46 und danach mit 0,5 bewerteten. Beide Werte lagen nach dem 95-Prozent-Kriterium statistisch signifikant unter dem Messwert vor der Flüchtlingskrise.